

So fängt das Jahr an!

Irgendwo zwischen Russland, China und der Türkei liegt das große Land Kasachstan. Dort explodierte vor zwei Wochen die Wut der Bevölkerung, aus der innerhalb einer Woche breiter Protest wurde. Am Anfang ging es um den Autogaspreis, der sich am 1. Januar an der Tankstelle verdoppelt hat. Die Bewegung hat dann das ganze Land erfasst.

Das ölfreiche, bei ausländischen Investoren beliebte Kasachstan ist ein sogenanntes „präsidiales“ Regime, das seit 1990 nur zwei Präsidenten hatte: Nursultan Nasarbajew und seit 2019 Kassym-Jomart Tokajew.

Menschenrechte und Gewerkschaftsrechte sind nicht so deren Ding.

Das Flüssiggas (LNG) ist der wichtigste Treibstoff im Land. Zum Jahreswechsel hatte die Regierung die Höchstpreisgrenze aufgehoben, worauf die Preise in die Höhe schossen. Am 2. Januar fing die Bewegung im Westen des Landes an. Nach vier Tagen Unruhe versuchten die Behörden die Lage zu beruhigen, indem sie eine Preissenkung von 120 Tenge pro Liter auf 50 Tenge (0,10 Euro) ankündigten. Doch die Massenproteste breiteten sich im ganzen Land aus, denn es geht um mehr: um die Korruption, den unverschämten Reichtum der kleinen herrschenden Cliquen, hohe Preise, niedrige Löhne und Armut... Die Proteste erreichten die Wirtschaftsmetropole Almaty, wo Demonstranten das wichtigste Regierungsgebäude und den Flughafen stürmten und sich der Polizei widersetzen. Arbeiter:innen konnten für kurze Zeit die Produktion auf dem Ölfeld Tengiz stören. Als Reaktion löste der Präsident und Diktator Tokajew die alte Regierung auf und verhängte den Ausnahmezustand. Die protestierenden Arbeiter:innen wurden zu „Terroristen“ erklärt, die vom Ausland gesteuert seien. Das übliche Vokabular wütender Diktatoren, an deren Thron gerüttelt wird. Mit der Blockade des Internets versucht die Regierung, die Massenproteste geheim zu halten und die Gewalt der Polizei und Armee zu verstecken. Die Regierung erließ schließlich einen Schießbefehl. Laut Regierung wurden über 10.000 Menschen verhaftet, Tausende verletzt, 225 getötet. Wahrscheinlich ist es schlimmer. Angesichts der Entschlossenheit der Bevölkerung bleibt der Regierung nur die bloße Gewalt.

Im Windschatten der Diktatur das große Geld

Russland schickte auf Bitten des kasachischen Diktators dann 2.000 Soldaten. Was soll so „gesichert“ werden? Der Frieden sicher nicht.

Kasachstan liegt auf der so genannten „Neuen Seidenstraße“, mit der China seine Handelswege nach Europa ausbauen will. Es geht um wirtschaftliche Interessen nicht nur von China, sondern auch von Russland und nicht zuletzt von Europa: ein Drittel der kasachischen Exporte geht in die EU, vorwiegend Rohstoffe wie Rohöl und Mineralien. Seit den Privatisierungen in den 90er Jahren ist das Land ein Eldorado für westliche Investor:innen. Exxon-Mobile, Chevron und Total stehen an erster Stelle, aber da sind auch die Geschäfte deutscher Konzerne wie Siemens Energy (deren Gasturbinen sind zum Beispiel weltweit der Renner) oder Heidelberg-Cement. Sie alle kassieren ordentlich ab, während die diktatorische Elite Kasachstans die Arbeiterklasse knebelt. Merkel empfing den Autokraten Tokajew im Dezember 2019 herzlich in Berlin und hob die wirtschaftlichen Beziehungen hervor.

Man kann also verstehen, warum die Kritik der deutschen Regierung so maßvoll dosiert ist. Im Namen der Demokratie ein paar Appelle, OK. Nur nicht zu harte Worte gegenüber der kasachischen Regierung, und auch gegenüber Russland wird jedes Wort diplomatisch danach abgewogen, was den deutschen Wirtschaftsinteressen am meisten nutzt.

Die deutsche Regierung hat schließlich doch verkündet, dass nach Kasachstan keine Waffen mehr geliefert würden ... vorerst. Aber wie viele Waffen hat Deutschland bereits geschickt?

Nach dem Sturm wird der Himmel wieder blau?

Unsere Solidarität gilt natürlich der kasachischen Bevölkerung. Selbst wenn die Situation sich in Kasachstan „beruhigt“ (noch ist die Situation längst nicht entschieden) – was für ein Frieden wäre das nach so krasser Repression!? Und wie wirkt der Mut der aufständischen Bevölkerung auf andere Länder? In Russland selbst oder in der Türkei gibt es angesichts der steigenden Preise bereits wachsende Unzufriedenheit. 2021 haben wir viele große, mutige und erfolgreiche Proteste weltweit gesehen. 2022 könnte ein kämpferisches Jahr werden.

Sonderzahlung kommt wieder

Bis jetzt war die Sonderzahlung, die wir am Ende des Jahrs bekommen, in der Tendenz sinkend. Bis zu ein paar knauserigen hundert €! Dieses Jahr wird es besser, dann Prost!

Wobei: Ams profitiert von einer gute Auftragslage und gehört zu den Corona-Gewinnern, Osram selbst verkündet „außerordentlich gute Finanzkennzahlen“.

Außerdem bleibt diese Sonderzahlung brutto. Beim Briefumschlag in bar wäre es schon anders.

Ärgerst du dich?

Wenn dich was im Betrieb ärgert, dann darfst du ein „Verbesserungsvorschlag“ machen. Und dafür kriegste – wenn du Glück hast – einen Zuschlag von... naja hängt davon ab, 40€? Und einmalig. Eine Lohnerhöhung sieht anders aus.

Ja. Tatsächlich.

Hinter dem hypothetischen Almosen des ausgezahlten „Verbesserungsvorschlags“ steckt die Idee, einen schleichenden Wettbewerb unter uns zu schüren. Aber nicht nur.

Unter den Verbesserungen, die uns „zum Nachdenken anregen“ sollen, gibt es nicht zuletzt „die Arbeitsverfahren kürzen“, „Wartezeiten vermeiden“... Aufgaben sollten „verbilligt werden“ und andere beschleunigt werden... Riecht das nicht nach einer Verdichtung der Arbeit?

Also: ja, überlegen werden wir!

Betriebsratswahl: jetzt wird es ernst!

Wenn ein Chef frech wird, reicht es oft, den Betriebsrat zu erwähnen, um ihm den Mund zu stopfen. Der Betriebsrat mahnt auch die Werksleitung ab, wenn sie nicht mal ihre eigenen Verpflichtungen respektiert.

Wird es dieses Jahr wieder mehrere Listen geben? Wer kandidiert und wofür?

Wir brauchen unsere Pfortner!

Aventos will im April einen neuen Zaun um Osram installieren. Das Glaswerk und der Neubau werden von dem neuen Bezirk ausgeschlossen. Daher erwägen Osram und Aventos die Möglichkeit, die Pfortner zu kündigen.

Wie wird es aber mit den Zulieferungen funktionieren? Und wenn ein Drehkreuz blockiert, wer wird uns die Tür öffnen?

Osram hat Kohle und verdient Respekt

Seitdem Osram entschieden hat, das Glaswerk zu schließen, ist immer noch nicht klar, wie alles funktionieren soll.

Soll das Glas aus China kommen? Mit Schiffen

dauert es lange, dann im Notfall mit Flugzeugen? Aber dann erste Klasse, bitte!

„Wo und wie kann Strom eingespart werden?“

Hat jemand dafür einen „Verbesserungsvorschlag“? Naja... schwer!

Mit der Schließung des Glaswerks wird Osram tatsächlich viel weniger Strom verbrauchen. Weiß die Betriebsleitung schon, dass die Energie, die in China für die Erzeugung des Glases genutzt wird, aus Kohle stammt? Ja, aber es ist ihr völlig egal. Mit der Schließung des Glaswerks hilft Osram Deutschland, „klimaneutral“ zu werden, das ist doch glasklar!

Auch wenn die Schließung des Glaswerks keine eigentliche Verlagerung darstellt, der Betrag der Löhne in den Schwellenländern spielt auch eine wesentliche Rolle. Der Transport des Glases bis Berlin wird ab April oder Mai ein sinnloser Energieaufwand sein, aber das ist Osram wurscht. Für Osram - wie für alle kapitalistischen Unternehmen der Welt – zählt nur, was unter dem Strich bleibt: wenn die Löhne dort billiger sind, dann bringt es mehr Gewinne, dort zu bestellen, und Schluss.

Um so eine kriminelle Logik kaputt zu machen, würden vor allem dicke Streiks für die Löhne in China helfen. Zum Glück ist es gar nicht ausgeschlossen, dass sowas in nächster Zeit passiert...

Schluss mit Erdogan?

Der heutige Präsident der Republik Türkei nervt. In Katar oder den Vereinigten Arabischen Emiraten hat er gute Freunde, was die Großmächte wie Deutschland kränkt. Die Politik von Europa wie der USA träumt insgeheim davon, ihn aus der Regierung hinauszudrängen. Vom Ausland her ist es aber schwer...

In der Türkei selbst haben immer mehr Leute das Gefühl, dass es so nicht weiter gehen kann. Vor allem ist die Inflation enorm.

Ob es dort Streiks oder Unruhen gibt, ist aber schwer zu sagen. Erdogan und die AKP (seine Partei) hat in zahlreiche Gefängnisse – so zu sagen – "investiert". Die Journalist:innen dürfen einfach nicht gegen die Regierung sprechen. Im Fernsehen wird über mögliche Unruhen nichts berichtet.

Die Großmächte stecken ihre Hoffnung in Oppositionsparteien und machen sich Sorgen, dass keine stark genug ist.

Andere Machthaber als die heutige Clique in der Türkei würden aber an der Situation nichts ändern. Nur eine soziale Explosion mit Großdemonstrationen und Streiks könnte (dort wie hier) das Leben verbessern.

Wenn Dir das Flugblatt gefällt, gib es doch an Kolleginnen und Kollegen weiter... flugblatt_osram@gmx.de
<https://www.sozialismus.click/category/aus-den-betrieben/osram/>